

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Wir haben **abzustimmen** über den **Einzelplan 02** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 12/802.

Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Beschlussempfehlung **entsprochen** und der Einzelplan 02 in zweiter Lesung **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen**

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung - Drucksache 12/814 - und **eröffne** hiermit die **Beratung**. Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Riscop für die Fraktion der CDU das Wort.

**Franz Riscop (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme Stellung zum Einzelplan 14 des Haushalts 1996. Bei der Bekanntgabe des Ministerpräsidenten über die Zusammensetzung der neuen Landesregierung im Sommer 1995 setzten wir gute Hoffnungen auf den Wechsel im Ministerium für Bauen und Wohnen. Dabei halten wir es wie in der vorangegangenen Wahlperiode 1990/95 für den völlig falschen Weg, Städtebau und Wohnungsbau in verschiedenen Ministerien anzusiedeln.

- (B) Wir bleiben dabei: Das ist Aufblähung der bürokratischen Entscheidungen, die wir sowohl im Städtebau wie auch im Wohnungsbau nicht gebrauchen können. Hier wurde die Möglichkeit, dem schlanken Staat etwas näher zu kommen, leichtfertig vertan.

Nach 15jähriger Herrschaft der Sozialdemokraten, die eine unbewegliche und unflexible Haltung in der Wohnungsbaupolitik zeigten, glaubten wir, daß nun mit Minister Dr. Vesper eine neue undogmatische Politik mit besseren Lösungen im Wohnungsbau beginnen würde.

(Gerd-Peter Wolf [SPD]: Jetzt sag' nicht, daß die SPD der Klotz am Bein ist!)

Leider wurden unsere Erwartungen bis heute nicht erfüllt.

Ich möchte dies im folgenden an einigen Beispielen belegen. Die finanzielle Lage in der Bundesre-

publik und in NRW deutet darauf hin, daß es dringend erforderlich ist, auf vielen Gebieten neue Wege zu gehen. Dies gilt insbesondere auch für den Wohnungsbau. Nach wie vor gilt unsere Feststellung von 1990, daß 400 000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen fehlen und 100 000 Wohnungen jährlich gebaut werden müssen.

1996 müssen wir nicht nur diese Zahlen mahnd wiederholen, sondern insbesondere einen Fehlbedarf im Bereich des preiswerten Wohnungsbaus feststellen. Hier ist also Fehlbedarf in einem Bereich vorhanden, für den das Land ureigene Verantwortung trägt.

(Gerd-Peter Wolf [SPD]: Dagegen hilft aber der dritte Förderweg nicht!)

- Darauf komme ich noch. - Die rot-grüne Mehrheit in diesem Hause muß sich endlich von der unseligen Eindrittel-Zweidrittel-Formel abkehren, mit der sie sagt, 100 000 Wohnungen müßten jährlich gebaut werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muß der frei finanzierte Wohnungsbau zwei Drittel übernehmen.

Sie gehen auch 1996 wieder eine Selbstbindung ein, indem Sie sagen, Sie wollen mit dem zur Verfügung stehenden Geld, jedenfalls mit einem Betrag von rund 3 Milliarden DM 30 000 Wohnungen bauen. Das haben Sie so festgelegt. Sie haben das leider trotz negativer Erfahrungen immer wieder verfolgt.

Aus diesem Grunde haben wir in NRW in den zurückliegenden Jahren mit Ausnahme der Jahre 1994 und 1995 eben nicht die Fertigstellung von 100 000 Wohnungen erreicht. Wir sagen Ihnen: Indem Sie einseitig an Förderwegen festgehalten haben, auf denen Sie von anderen Ländern längst überholt worden sind, haben Sie die Situation nicht verändert. Sie haben mit Ihrer Wohnungsbaupolitik vielmehr zu einer Verschärfung der Lage beigetragen. Genau diese Situation hat dazu geführt, daß heute praktisch wieder die Verhältnisse des Jahres 1990 herrschen. Es fehlen 400 000 Wohnungen.

Das Volumen des Wohnungsbauprogramms 1996 wurde als eine der ersten Veröffentlichungen des neuen Ministers von 30 000 Wohneinheiten 1995 um 3 000 auf 27 000 Wohneinheiten 1996 gekürzt. Jetzt im März wurde die Zahl auf 28 000 Wohneinheiten erhöht.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern, in denen bereits im Jahr 1993 ein kräftiger Abbau des Wohnungsdefizits erfolgte, stagniert

(C)

(D)

(Riscop [CDU])

- (A) das Wohnungsdefizit in Nordrhein-Westfalen. Der Grund für dieses Defizit ist darin zu suchen, daß die Bauintensität, das heißt die Zahl der Neubauten im Verhältnis zum Bestand, in Nordrhein-Westfalen zum Ende der 80er und Beginn der 90er Jahre die niedrigsten Werte im Vergleich zu den alten Bundesländern erreichte. Erlauben Sie mir noch einen Vergleich. In Nordrhein-Westfalen wird nur halb so viel gebaut wie in Bayern.

In Nordrhein-Westfalen ist das Wohnungsdefizit in den letzten fünf Jahren nicht beseitigt worden, im Gegenteil. Der Fehlbedarf stagniert auf einem viel zu hohen Niveau. Nach wie vor haben es besonders junge Familien und Alleinerziehende schwer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wir haben einen Antrag eingebracht, wie mit den gleichen Mitteln mehr Wohnungen zu fördern sind. Dies wird dann ein eigener Beratungspunkt. Ich kann heute auf weitere Erläuterungen hierzu verzichten.

- (B) Lassen Sie mich nun zu einem weiteren traurigen Kapitel der rot-grünen Politik kommen, dem Versuch, die Verwaltungsvorgänge durch Abbau von Vorschriften zu vereinfachen. Alle fünf Jahre legt der jeweils zuständige Minister dem Landtag seine Absichten der Politik der Landesregierung für die neue Wahlperiode in seinem Bereich vor. So haben die für den Wohnungsbau zuständigen Minister seit 1981 und auch in diesem Jahr 1996 erneut angekündigt, daß das Land das kostengünstige Bauen durch den Abbau entbehrlicher Rechtsvorschriften und Standards unterstützen und in der Wohnungsbauförderung den eingeschlagenen Weg zur Kostenreduzierung konsequent fortsetzen wird. Dazu sollen auch die Ergebnisse von laufenden Forschungsprojekten einbezogen werden.

Die CDU-Fraktion verlangt jedoch mehr. Die weitere Vereinfachung von Genehmigungsverfahren wird zu prüfen sein. Insbesondere das Baunebenrecht muß bei voller Beachtung von Sicherheit, Umwelt und sozialen Belangen vereinfacht werden. Im Ergebnis ist bis heute jedoch nur Kosmetik fabriziert worden. Eine durchgreifende, dringend notwendige Entbürokratisierung und Erleichterung beim Wohnungsbau ist nicht erfolgt. Hier wurde mit schönen Worten gearbeitet, nach dem Motto: Es hört sich ganz gut an.

In einem Punkte sind wir mit der Landesregierung einer Meinung. Das ist das CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm. Wir haben - ich will das verkürzen - 1991 einen Antrag eingebracht. Damals forderten wir, dieses CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm einzuführen, mit

Wärmedämmung usw. Sie haben dies jetzt durchgeführt. Ebenso hat der Bundesbauminister Töpfer ein CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm aufgelegt. Für dieses Programm sind bisher fast 3 000 Anträge in den alten Ländern gestellt worden. Wir freuen uns, daß unser Antrag aus 1991 nunmehr in die Tat umgesetzt wird. Darum unterstützen wir diese Maßnahme nachhaltig.

Lassen Sie mich schließlich unseren Antrag auf Streichung der Mittel für ein landeseigenes Fortbildungszentrum in Gelsenkirchen kurz erwähnen. Wie in den Vorjahren lehnen wir diese unnötige Geldausgabe für eine solche Fortbildungsstätte ab. Im ganzen Land sind Einrichtungen in großer Zahl vorhanden, die gern ihre Kapazitäten, die nachweislich vorhanden sind, zur Verfügung stellen. Fragen Sie den Kollegen Blömer! Er hat eine solche Einrichtung und ist gern bereit, Sie aufzunehmen und diese Fortbildungsmaßnahmen durchzuführen. Hier wird ein Prestigeobjekt errichtet, das viel Geld kostet. Sparsame Haushaltsführung hätte an diesem Projekt demonstriert werden können. Es hätte niemandem weh getan.

Enden möchte ich mit einem Zitat des neuen Wohnungsbauministers Dr. Vesper, der kürzlich erklärte: "Mehr Holz in den Wohnungsbau." Mit Holz allein wird die Wohnungsnot jedoch nicht beseitigt.

Daher bleibt festzuhalten: Die Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen hat sich in der neuen Wahlperiode im Grundsatz nicht verändert. Die CDU-Fraktion stimmt deshalb dem Einzelplan 14 des Ministeriums für Bauen und Wohnen nicht zu.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Für die Fraktion der SPD darf ich Herrn Kollegen Retz das Wort erteilen.

**Adolf Retz (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch mit dem Haushalt 1996 wollen wir die Wohnungsbauförderung der letzten Jahre auf extrem hohem Niveau fortsetzen. Herr Riscop, Sie wissen, daß wir mit dem Wohnungsbauprogramm beispielhaft in der gesamten Bundesrepublik sind.

Sie haben es richtig erwähnt: Mit 3 Milliarden DM wollen wir 28 000 Wohneinheiten fördern - mehr als alle anderen Länder der Bundesrepublik zusammen -, und zwar mit dem zentralen Ziel, den

(C)

(D)

(Retz [SPD])

- (A) Menschen eine angemessene Wohnung zu angemessenen Mieten zur Verfügung zu stellen. Das liegt uns auch langfristig am Herzen. Und deshalb sind wir auch für eine langfristige Bindung.

Obwohl in den letzten Jahren eine ganz erhebliche Neubauquote zu verzeichnen gewesen ist, ist das Wohnungsdefizit nicht abgeschmolzen; insofern gebe ich Ihnen recht. Aber das hat nichts damit zu tun, daß wir das falsche Programm aufgelegt hätten. Vielmehr hatten wir in Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik einen erheblichen Zuwachs zu verzeichnen, so daß das Wohnungsdefizit in der Fläche ein Stück aufgezehrt wurde: Das heißt, die Haushaltsverkleinerungen führten letzten Endes zu einer Kompensierung der Neubauquote.

So beläuft sich die Wohnungsbelegungsrate in den Ballungsgebieten inzwischen durchschnittlich auf unter zwei Personen. Daran zeigt sich, daß die Zahl der Singles mit eigenem Wohnungsbedarf zunimmt - zugegeben auch mit weiteren Wohnbauflächen, mit weiteren Nutzflächen: Mittlerweile liegt der Durchschnitt bei 35 m<sup>2</sup> pro Einwohner in Nordrhein-Westfalen; auch ein Beispiel, das für den Wohnstandard hier spricht.

- (B) Richtig ist, daß wir im oberen Segment bei Mieten von 20 bis 25 DM pro m<sup>2</sup> mittlerweile eine Entspannung verspüren. Deswegen konzentrieren wir uns auf kostengünstigen Mietwohnungs- und Eigenheimbau. Das ist der Schwerpunkt des Programms auch in diesem Jahr.

Wir wollen also mit der umfangreichen Wohnungsbauförderung von 3 Milliarden DM rund 16 000 kostengünstige Sozialmietwohnungen mit langfristiger Belegungsbindung - darauf legen wir besonderen Wert - zur Versorgung sozial schwacher Familien und Einzelpersonen fördern. Denn uns geht es darum, langfristig eine Bindung zu sichern und nicht, wie Sie es vorschlagen, durch ein besonderes Modell die Bindungszeiten ganz erheblich zu kürzen.

Wir wollen mit diesem Programm 8 600 Eigenheime oder Eigentumswohnungen fördern. Auch in diesem Jahr ist sichergestellt, daß fast alle Förderanträge im laufenden Jahr bedient werden können, wie es auch in den letzten Jahren der Fall war.

Ein weiterer Punkt werden 1 500 Heimwohnplätze für ältere und behinderte Menschen sein, die aiten- und behindertengerechte Wohnungen suchen. Dafür gibt es nach wie vor Bedarf.

- (C) Aus den Treuhandmitteln können wir in diesem Jahr 1 300 Bergarbeiterwohnungen fördern. Mit diesem Drei-Milliarden-Programm können also insgesamt 28 000 Wohneinheiten begonnen werden. Dies verstehen wir auch als einen wirklich deutlichen Investitionsschub für die Bauindustrie, die Bauwirtschaft, die aufgrund wegfallender Industrie- und Gewerbebauten zur Zeit ernste Sorgen hat. Auch dies ist ein Grund für uns, das Wohnungsbauförderungsprogramm in dieser Höhe aufrechtzuerhalten.

Aufgeführt sind weiterhin die beiden Sonderprogramme, die schon in den letzten Jahren von Bedeutung waren, und zwar einmal das Programm "Zukunftsweisende Bauvorhaben". Damit wollen wir weiterhin modellhafte neue Bauformen fördern sowie energiesparende Bautechniken und andere Materialien erproben. Diese Projekte sind beispielhaft. Ich glaube, insofern befinden wir uns auf dem richtigen Weg.

Zum zweiten fallen darunter neue Wohnungen auf Entwicklungsstandorten. Wir wollen der Zersiedelung in der Fläche ein wenig entgegenwirken und damit besonders die Gemeinden animieren, die aktive Grundstückspolitik betrieben haben, die durch schlaue Vorsorgepolitik kostengünstige Bodenpreise anbieten können und gute ÖPNV-Anschlüsse gewährleisten. Hierfür ist ein Sonderprogramm für Entwicklungsstandorte ausgewiesen.

Den dritten Schwerpunkt bildet die eben schon von Herrn Riscop angesprochene Modernisierungsförderung. Im Hinblick auf die wärmetechnische Verbesserung im Altbaubestand, die wir in den Vordergrund stellen, ist gerade mit dem Programm "Rationelle Energieverwendung" noch eine zusätzliche Aufstockung gelungen, die in der Kombination eine besonders interessante Variante darstellt.

(D) Wichtig ist in der Wohnungsbaupolitik nicht zuletzt, den in den letzten Jahren zu verzeichnenden Preisanstieg durch steigende Grundstückspreise und steigende Baukosten zu stoppen. Hier muß die Bauindustrie in großem Umfange zu kostengünstigen und energiesparenden Bautechniken kommen. In diesem Zusammenhang haben wir in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Modellen erfolgreich gefördert und präsentiert.

Der Wohnungsbauminister des Bundes hat dazu sehr richtig gesagt: Wir bauen in der Bundesrepublik einen Mercedes und einen VW-Golf, aber in der Baulandschaft ist diese Vielfalt bei weitem

(Retz [SPD])

- (A) noch nicht erreicht. - Es gilt daher, strukturell etwas zu verändern, um zu kostengünstigen Bauverfahren und kostengünstigen Techniken auch im Eigentumsbereich zu gelangen.

Ich appelliere an Architekten und Bauindustrie, diese Entwicklung aufzugreifen, bevor unsere europäischen Nachbarn diesen wirklich interessanten Marktanteil nun komplett für sich in Anspruch nehmen, wie wir das hauptsächlich in der grenznahen Region an einigen Stellen schon beobachten.

Mit einem vor einigen Monaten hier mit großer Mehrheit verabschiedeten SPD-Antrag haben wir den Wohnungsbauminister beauftragt, ein Bürgerschaftsfinanzierungsmodell zu berechnen, mit dem wir die Belastung bei der Eigentumsfinanzierung am Anfang reduzieren wollen. Denn die heutige Baufinanzierung startet mit hohen Belastungen. Beim Bürgerschaftsmodell hingegen sollen Teile der Finanzierung durch eine Bürgerschaft abgesichert und auf später hinausgeschoben werden können. Dies kann meines Erachtens eine interessante Variante sein, um gerade jungen Familien die Möglichkeit zu geben, in einem vertretbaren Alter zu erschwinglichen Konditionen ihre Eigenheime zu bauen, um damit letzten Endes auch die Eigentumsquote in Nordrhein-Westfalen voranzubringen.

(B)

Bei allen Anstrengungen, die wir hier in Nordrhein-Westfalen für das Wohnungsbauprogramm leisten, ist es - das muß ich besonders deutlich hervorheben - außerordentlich bedauerlich, daß sich die Bundesregierung Stück für Stück aus der Wohnungsbauförderung zurückzieht. Daß der Bundesanteil in diesem Jahr erneut um 30 % gesenkt wird, ist der wahre Skandal, den wir heute morgen unter dem Aspekt der Wirtschaftsförderung hätten diskutieren sollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bei immer noch großem Wohnungsbedarf und einer schwierigen Konjunktur in der Bauindustrie zieht sich die Bundesregierung von Jahr zu Jahr mehr aus dem öffentlich geförderten Wohnungsbau zurück. Waren es 1994 noch 628 Millionen DM Bundesbaumittel, gingen sie 1995 auf 500 Millionen DM und 1996 gar auf 350 Millionen DM zurück. Diese Zahlen muß man sich einmal vor Augen führen. Es bleiben 11 % Bundesunterstützung für das Wohnungsbauprogramm und für die Bauindustrie in Nordrhein-Westfalen. Das ist eine marginale Zahl, die kaum noch der Erwähnung wert ist.

(Beifall bei der SPD)

Das ist weniger als Peanuts, wenn man es einmal mit dieser Größenordnung beschreiben will.

Der wirkliche Skandal ist nicht, daß wir 20 Millionen DM aus dem Straßenbau in den Schienenbau verlagert haben, wie wir das heute morgen stundenlang diskutiert haben, sondern der wirkliche Skandal ist, daß in Bonn Wirtschaftspolitik, wie sich auch an diesem Beispiel zeigt, praktisch gar nicht mehr stattfindet. Das Wunschenken der CDU ist schon lange von der traurigen Realität eingeholt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Politik der Bundesregierung führt dazu, daß die Zahl der Obdachlosen steigt, weil die Menschen durch Bonner Politik als Arbeitslose oder als Sozialhilfeempfänger ins Abseits geschoben werden. Nordrhein-Westfalen dagegen leistet im Rahmen sparsamster Haushaltsführung bei solider Finanzierung ein Wohnungsbauprogramm, das sich sehen lassen kann und das den Schwerpunkt setzt, bezahlbare Wohnungen mit langfristigen Bindungen zu erstellen, während sich in Bonn dieses Thema mittlerweile verabschiedet hat.

Lassen Sie mich zum Schluß noch mit dem Einzelplan 14 einen Schwerpunkt setzen. - Wir leisten für unsere Bauwirtschaft einen erheblichen Investitionsschub. Wir fördern 28 000 Wohnungen, die eine weitere Entlastung auf dem Wohnungsmarkt zur Folge haben werden. Es gilt kosten- und energiesparendes Bauen, es gilt eine langfristige Bindungsbelegung für die sozial Schwächeren zu sichern. Die Steigerung der Eigentumsquote bleibt ein wichtiges Ziel der Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen und die Unterstützung der Bauindustrie zur Sicherung von Arbeitsplätzen, was in der jetzigen Situation unerlässlich ist. Aus diesem Grunde werden wir dem ergänzenden Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Frau Kollegin Tarner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Hedwig Tarner (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch 1996 herrscht in NRW Wohnungsnot. Je nach Statistik fehlen zwischen

(C)

(D)

(Tärner [GRÜNE])

- (A) 360 000 und 400 000 Wohnungen. Vor diesem Hintergrund zeigt der erste rot-grüne Haushalt im Bereich des Wohnungsbaus und der Stadtentwicklung unsere gemeinsamen Zielvorstellungen auf, die sich deutlich von den Vorstellungen der CDU unterscheiden. Im Baubereich entwickelt sich das Wohnungsbauprogramm hin zu seinen gesteckten Zielen, den sozialen Versorgungsauftrag mit ökologischen Qualitätsstandards zu verbinden. Mir als GRÜNEN-Abgeordnete gehen diese Veränderungen manchmal etwas zu langsam. Aber das ist wohl die landespolitische Geschwindigkeit.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Leider, leider!)

Wichtig ist, daß die sozialökologischen Ziele erkennbar und wirksam erreicht werden. Das ist mit dem jetzt vorliegenden Haushalt der Fall.

Zunächst zum Wohnungsbauprogramm: Mit dem Haushaltsansatz werden über 28 000 Wohnungen und Eigenheime gefördert. Der Schwerpunkt liegt im ersten Förderweg. Der soziale Wohnungsbau und die öffentliche Wohnungsbauförderung haben sich nach den Menschen zu richten, die in unterschiedlichen sozialen Problemlagen finanziell nicht in der Lage sind, sich selbstständig mit genügend und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Es bedarf also einer Förderung für Menschen, die in unserer Gesellschaft an den Rand gedrängt werden. Diese Gruppe am Rande wird dank der CDU-Politik auf Bundesebene immer größer.

- (B) Alleinerziehende, Kinderreiche, Familien mit Behinderten haben kaum eine Chance auf dem freien Wohnungsmarkt. Wir setzen mit unserer zielgerichteten Förderung direkt bei diesen Bevölkerungsgruppen an. An dieser Stelle möchte ich gern aus einem Brief des Deutschen Mieterbundes zitieren, der uns in den letzten Tagen erreicht hat:

"Die Koalition hat wohnungspolitisch die richtigen Signale gesetzt mit dem Wohnbauprogramm, das seinen Schwerpunkt auf den ersten Förderweg setzt."

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Hört, hört!)

Von dieser Schwerpunktsetzung her unterscheidet sich die CDU-Wohnungsbaupolitik deutlich von der rot-grünen sozialen Wohnungsbaupolitik.

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung der Wohnungsbaumittel geht in eine andere Richtung. Sie, die Damen und Herren von der CDU, wollen den zweiten Förderweg, also die Eigentumsför-

derung, weiter ausweiten. Ich kann Sie gut verstehen: Bauen ist teuer, und die Finanzierung wird für viele Gruppen immer schwieriger. Mit solchen Haushaltsanträgen können Sie sich gegenüber Ihrer Wählerschaft gut positiv darstellen. Das reicht aber nicht. Dieser Antrag geht an dem Auftrag des sozialen Wohnungsbaus vorbei.

(Zuruf von der CDU: Das habe ich nicht verstanden!)

- Akustisch nicht?

(Zuruf von der CDU: Überhaupt nicht! - Heiterkeit)

- Dann müssen Sie die Ohren aufmachen.

Allein mit dem Bau neuer Sozialwohnungen wird der Wohnraumbedarf der WBS-Berechtigten nicht gedeckt. Wir stecken in dem Dilemma, daß mehr Wohnungen aus der sozialen Bindung herausfallen, als neue gebaut werden. Deshalb müssen Instrumente für den Ankauf von Bindungen im Bestand entwickelt werden. Dazu gehört mit Sicherheit die Kombiförderung. Diese Förderung wurde neu gefaßt und so ausgestaltet, daß Investoren sie annehmen. - So weit zu den sozialen Aspekten der Wohnungsbauförderung.

Nun zur ökologischen Ausrichtung: Die Zielrichtung ist klar und deutlich. Ab 1998/99 wird die Wohnungsbauförderung vollständig auf die Niedrigenergiebauweise umgestellt. Bereits jetzt ist es gelungen, dem Wohnbauprogramm einen deutlichen grünen Anstrich zu geben; denn mit dem System des Ökobonus im Wohnbauprogramm werden 1996 umweltverträgliche Verhaltensweisen gefördert. Die Holzbauweise und der sparsame Verbrauch von Flächen werden honoriert.

Der Ökobonus für den sparsamen Flächenverbrauch wird sich über kurz oder lang in der Bauleitplanung der Städte und Gemeinden niederschlagen. Nach wie vor werden in ländlichen Regionen in den Bebauungsplänen Grundstücke für den Bau von Einfamilienhäusern von über 500 Quadratmetern ausgewiesen, stets mit so lapidarer Begründung wie: Die Bauwilligen wollen es so. - Durch den positiven finanziellen Anreiz wird der Druck in den örtlichen Planungsämtern wachsen, auch kleinere Baugrundstücke auszuweisen.

An dieser Stelle noch ein Wort zur Förderung der Holzbauweise. Sie spiegelt deutlich die GRÜNEN-Regierungsbeteiligung wider. Die langjährige Förderung der GRÜNEN nach Ökobilanzen wird berücksichtigt, indem nicht jedes Holzhaus per se

(Tärner [GRÜNE])

- (A) gefördert wird, sondern nur Häuser berücksichtigt werden, die mit regional geschlagenem Holz gebaut werden. Hiermit wird zusätzlicher Transport vermieden, und darüber hinaus entstehen Arbeitsplätze in der hiesigen Holzwirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die kleinen und die mittelständischen Betriebe im Sauerland und im Münsterland begrüßen unsere Förderung. Das ist erneut ein Beweis dafür, daß Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sind. Das Wohnungsbauprogramm 1996 hat also neue soziale und ökologische Aspekte.

Ein weiteres Ziel unserer rot-grünen Politik ist es, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu vermindern, damit es auch in hundert Jahren hier noch einen weißen Winter geben kann. Dieses Ziel wird mit einer doppelten Strategie verfolgt, zum einen durch das Energiesparprogramm, zum andern mit der Förderung regenerativer Energien.

Im Energiesparprogramm wird das Sparen der Heizenergie durch die Vergabe von Darlehen gefördert. Die Fördertatbestände sind nicht neu; sie waren bisher Bestandteil der Modernisierungsförderung. Jedoch wird mit der Kopplung Außenhautdämmung und Brennwerttechnik in einem eigenen Programm, das, nebenbei bemerkt, auch eine bedeutend bessere Förderung vorsieht als das Bundesprogramm, ein wirksamer Impuls gegeben.

(B) Mit dem überarbeiteten REN-Programm wird die Breitenförderung für erneuerbare Energien ausgebaut. Mit der Aufstockung dieses Titels während der Haushaltsberatungen auf gut 48 Millionen DM hat die rot-grüne Koalition verdeutlicht, daß für sie die CO<sub>2</sub>-Reduktion nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. Die Bandbreite der geförderten Gegenstände geht von den Solarkollektoranlagen über Biogasanlagen bis hin zu regeltechnischen Einrichtungen computergestützter Meß-, Regel- und Speichersysteme.

Das REN-Programm trägt dazu bei, in Nordrhein-Westfalen den Markt für diese innovativen Produkte zu stärken und somit hochqualifizierte Arbeitsplätze zu erhalten bzw. überhaupt erst zu schaffen.

Rot-grüne Baupolitik entwickelt sich zu einer stabilen Säule in unserer Koalition, in der Umweltschutz-, Sozial- und Arbeitsmarkteffekte parallel erreicht werden.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Minister Dr. Vesper.

(C)

Dr. Michael Vesper, Minister für Bauen und Wohnen: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von zweien meiner drei Vorredner bzw. Vorrednerinnen ist dieser Haushalt ja nun so gelobt worden, daß ich fast auf meinen Redebeitrag verzichten könnte; denn alles Wesentliche ist bereits gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber ich will dennoch einige Bemerkungen zu diesem Haushalt machen, auch zu dem, was Herr Kollege Riscop vorhin vorgetragen hat.

Zunächst einmal dieses: Ich bin mit dieser Querschnittsaufgabe, die in dem Ministerium für Bauen und Wohnen zusammengefaßt ist, sehr zufrieden. Es ist richtig, daß es Berührungspunkte sowohl in Richtung Stadtentwicklungspolitik als auch in Richtung Verkehrspolitik gibt. Das zeigt, wie wichtig der Landesregierung und dem Ministerpräsidenten der Bereich Bauen und Wohnen ist. Er ist also in drei Ministerien mit verortet. Das zeigt, wie schlagkräftig wir sind.

(Zurufe von der CDU)

Es ist eine echte Querschnittsaufgabe, die hier zu bearbeiten ist. Ich glaube, die bisherigen acht Monate zeigen auch, daß wir da sehr erfolgreich zusammenarbeiten.

(D)

Ich bin aber nicht nur mit dieser Aufgabe zufrieden. Ganz besonders zufrieden bin ich auch mit diesem Haushalt. Er zeigt, daß wir in der Tat neue Wege gehen, und wenn Herr Riscop wieder in dem alten Stil der Mäkelei sagt "nur 28 000 Wohnungen!" - um genau zu sein, sind es übrigens 28 050 Wohnungen -

(Heiterkeit)

dann frage ich Sie: Welches Land in der Bundesrepublik Deutschland tut denn etwas, das überhaupt vergleichbar wäre? Welches Land in dieser Republik setzt denn über 3 Milliarden DM ein, um den sozialen Wohnungsbau zu fördern? Da sind wir einsame Spitze.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

Es hat sich eine Menge verändert. Zum Beispiel hat sich geändert, daß das Programm für die erneuerbaren Energien, das REN-Programm, die Breitenförderung im Ministerium für Bauen und

(Minister Dr. Vesper)

- (A) Wohnen verortet ist. Ich bin natürlich regelrecht begeistert davon, daß die beiden Koalitionsfraktionen vereinbart haben, den Betrag noch einmal um 5 Millionen DM auf nunmehr 49 Millionen DM aufzustocken. Im Jahre 1995 waren es noch 26,5 Millionen DM - vor dem Nachtragshaushalt. Das ist fast eine Verdopplung dieses Betrags, und es zeigt: Wir wollen eine Offensive für die erneuerbaren Energieträger Sonne, Wind, Wasser,

(Beifall bei den GRÜNEN)

weil wir in diese Energieträger wirklich einsteigen wollen. Das soll nicht eine Nische bleiben, sondern soll auf Sicht einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung dieses Landes leisten.

Wir sparen Energie auch in anderen Bereichen. Sie wissen, daß ein Drittel der in Deutschland verbrauchten Energie auf den Bereich Wohnen zurückgeht. Deswegen werden wir ab 1998 nur noch solche Neubauten fördern, die dem Niedrigenergiehaus-Standard entsprechen.

Aber man kann sich nicht nur auf den Neubau konzentrieren. Man muß auch im Bestand etwas tun. Darum haben wir ein Energiesparprogramm aufgelegt. Auch das sucht in Deutschland seinesgleichen. Es gibt kein Programm, das so ehrgeizig ist und 100 000 Bestandswohnungen energetisch nachrüsten will, und zwar nicht nur durch Fensteraustauschprogramme, sondern eben auch - Kollegin Tarner hat es gerade dargestellt - durch Erneuerung der Heizungsanlagen und der Außenhaut der Wohnungen. Dafür setzen wir deutlich über 200 Millionen DM allein in diesem Jahr ein.

- (B) Wir haben zwei ökologische Sonderprogramme. Wir haben in die Eigentumsförderung einen Sozialbonus und einen Ökobonus eingeführt. Wir haben über den Bundesrat dafür gesorgt, daß auch im Bereich der Wohneigenheimförderung ökologisches Bauen finanziell belohnt wird. Dies ist der Weg, auf dem wir weitergehen müssen. Wir müssen ökologische Ansätze gerade im Baubereich durch finanzielle Angebote fördern und entsprechende Anreize schaffen.

Was ich nun wirklich nicht verstehen kann, meine Damen und Herren, ist, wenn gerade die Kollegen der CDU hier immer tränenreich beklagen - Krokodil, dein Name sei Franz oder Siegfried oder wie auch immer -, daß wir viel zu wenig Geld für die Aufgaben des sozialen Wohnungsbaus einsetzen. Ich will dazu dieses sagen: In den letzten Jahren ist die Bundesförderung auf die Hälfte zurückgegangen. Wenn man weiß, daß ein Teil der Mittel, und zwar ein großer Teil der Mittel, die

der Bund jetzt noch zur Verfügung stellt, 350 Millionen DM ungefähr, auch wieder abfließt, nämlich etwa 210 Millionen DM, dann erkennt man: Es sind im Saldo nur noch etwa 140 Millionen DM, die der Bund zu diesen über 3 Milliarden DM, die das Land Nordrhein-Westfalen für den sozialen Wohnungsbau einsetzt, beiträgt. (C)

Ich muß wirklich sagen: Bei Herrn Töpfer sind die Öffnungen des Mundes und die Öffnungen des Portemonnaies umgekehrt proportional. Der Mund ist sehr viel weiter offen als das Portemonnaie,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und je weiter sich das Portemonnaie schließt, desto größer wird der Mund, desto größer und großkotziger werden die Ankündigungen,

(Oh-Rufe von der CDU)

die er vorträgt, und letztlich ist nichts dahinter.

Für den Begriff "großkotzig" entschuldige ich mich gleich im voraus, weil ich ja den strengen Präsidenten kenne, der das alles schon bemerkt hat.

Meine Damen und Herren! Was die CDU hier vorträgt, wäre, wenn wir es so durchführten, eine Verabschiedung vom sozialen Versorgungsauftrag, (D)

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

den der Wohnungsbauminister eben schwerpunktmäßig hat.

Die Arbeitslosigkeit hat einen Höchststand seit der Gründung der Republik erreicht. In Nordrhein-Westfalen waren fast 58 000 Menschen obdachlos gemeldet. Es sind nur diejenigen erfaßt, die in eine Notunterkunft eingewiesen wurden. Wohnsitzlose, aber auch Aus- und Übersiedler sind hier ebenso nicht erfaßt wie diejenigen, die zur Untermiete bei der Familie wohnen oder bei Freunden untergekommen sind, und dort häufig in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben.

Ende 1994 sind 166 000 Haushalte als wohnungssuchend registriert: Da wollen Sie die Förderung, was die einzelne Wohnung angeht, abbauen mit dem Effekt, daß die Mieten steigen, daß die Bindungen verkürzt werden, daß wir letztlich mit den Mitteln im sozialen Wohnungsbau nur noch Vermögensbildung betreiben. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(Minister Dr. Vesper)

(A) Wir werden diesen sozialen Versorgungsauftrag weiter umsetzen.

Wenn ich dann Ihre Zahlen sehe, Herr Zellnig, Herr Riscop! Sie errechnen, man könne mit etwa dem gleichen Geldbetrag 47 700 Wohnungen fördern. Das ist wirklich ein Etikettenschwindel! Normalerweise sagt man: Am Aschermittwoch ist alles vorbei. Sie haben Ihre Vorschläge ausgerechnet am Aschermittwoch wieder neu aufgewärmt. Man kann diese Vorschläge nicht ernst nehmen. Ich will das an zwei, drei Beispielen verdeutlichen.

Unter "Bürgschaft" steht bei Ihnen: 5 000 Wohneinheiten. Das ist eine reine Luftnummer. Wir sind mitten in der Prüfung dieses Modells. Bei dem Geldbetrag steht "null". Wir können nun nicht für 0 DM 5 000 Wohneinheiten fördern. Mit solchen Ansätzen machen Sie sich in der Fachwelt lächerlich.

Auch was die anderen Vorschläge in diesem Bereich angeht - etwa: 6 000 Wohneinheiten im dritten Förderweg -, so sind sie völlig willkürlich gegriffen, zumal auch keinerlei Hinweise auf die Förderkonditionen gegeben werden.

(B) Sie suggerieren höhere Förderzahlen und vernachlässigen dabei sträflich die sozialen Ziele der öffentlichen Wohnungsbauauf Förderung. Das machen wir nicht mit. Wir rechnen seriös und versuchen, gerade am ersten Förderweg festzuhalten, der sich in dieser Republik und in diesem Lande bewährt hat. Diejenigen, die Sie eben angesprochen haben - Alleinerziehende mit Kindern, Menschen mit geringem Einkommen -, kriegen Sie nicht in Wohnungen, für die sie Mieten von 15 DM und mehr bezahlen müssen. Die können nämlich diese Mieten nicht bezahlen, und deswegen gibt es zum sozialen Wohnungsbau keine Alternative.

Wir werden deswegen dieses Modell gegen die Anwürfe aus Bonn mit Zähnen und Klauen verteidigen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie haben vier Anträge eingebracht. Ich bin im Zweifel, ob man sich damit überhaupt im einzelnen beschäftigen soll. Im Ausschuß haben Sie sie nicht einmal begründet. Sie haben 8 Millionen DM Dividendenerhöhung der LEG gefordert. So etwas kann man leicht auf Papier schreiben. Damit ist aber das Geld noch nicht da, meine Damen und Herren! Offenbar rechnet die CDU so, daß man auf diese Weise 8 Millionen DM mehr einnehmen könnte.

(C) Ein anderer Vorschlag, den Sie machen, ist die Streichung der Überweisungsgebühren für Wohngeldempfänger: 1,9 Millionen DM. Sie wissen, daß diese Überweisungsgebühren gerade dadurch entstehen, daß denjenigen Haushalten, die über kein Girokonto verfügen, das Wohngeld durch eine Postanweisung bar ausgezahlt wird. Durch eine Streichung würden Sie gerade die Haushalte mit geringem Einkommen durch Kontogebühren belasten. Empfängern mit Behinderungen oder Alterskrankheiten würde eine Erleichterung entzogen, wenn der Postbote mit dem Geld kommt. Auch da sparen Sie genau an dem falschen Ende.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Auch da sparen Sie an einem Punkt, was einen weiteren sozialen Einschnitt zur Folge hat. Deswegen kann ich dem Landtag nur empfehlen, diese Änderungsanträge abzulehnen.

(D) Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben einen überzeugenden Einzelplan 14 vorgelegt. Er sorgt dafür, daß in diesem Jahr nicht 27 000 Wohnungen gefördert werden, wie es in der Koalitionsvereinbarung beschlossen wurde, sondern daß wir dieses Soll um 1 050 Wohnungen überschritten haben. Wir steigen in die Bestandspolitik ein, denn wir müssen uns dem Problem stellen, daß Belegungen auslaufen. Die Zukunft der Wohnungsbaupolitik liegt darin, daß wir uns mit diesen Bestandsinstrumenten beschäftigen. Wir werden versuchen, auf diesem Wege weiter zu gehen und den sozialen Versorgungsauftrag und die ökologischen Inhalte des Bauens in Übereinstimmung zu bringen. Dabei lassen wir uns von Ihnen nicht beirren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Zellnig für die Fraktion der CDU das Wort.

Siegfried Zellnig<sup>1</sup> (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach Ihrem Beitrag, Herr Vesper, kann ich auch verstehen, daß Sie großes Interesse dafür bekunden, daß es keine zweite Runde gibt. Sie lassen so viele Leerformeln und Unbewiesenes im Raum stehen, und vor allem lassen Sie so wenig Sachkenntnis erkennen, daß ich an Ihrer Stelle auch kein Interesse an einer zweiten Runde hätte.

Sie nennen zum Beispiel das, was die CDU als Wohnungsbauprogramm vorbringt, einen Etikettenschwindel.

(Zellnig [CDU])

- (A) tenschwindel. Sie sagen, es sei nicht solide berechnet. Wir führen ja diese Diskussion noch. Wenn ich mich in Ihren Leerformeln bewegen würde, würde ich sagen: Wenn Sie das, was solide berechnet ist, was machbar ist, wie Fachleute bestätigen, als "Etikettenschwindel" bezeichnen, dann muß ich vermuten, daß Sie schlicht und ergreifend vom Wohnungsbau noch keine Ahnung haben. Das will ich einmal feststellen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich mich in der Kategorie bewege, die Herr Retz angesprochen hat, nämlich das "große Trauerspiel" im Wohnungsbau: Der Bund zieht sich immer mehr zurück, und wir, das große Land Nordrhein-Westfalen, fördern und fördern ja!

(Zuruf von der SPD: So ist das!)

dann will ich einmal Wahrheiten ins Gedächtnis zurückrufen. Mittel aus dem Bundeshaushalt im Jahre 1996: 354 Millionen DM. Das ist weniger als im Vorjahr. Mittel aus dem Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen: genau 354 Millionen DM, keine Mark mehr, keine Mark weniger! Das, was als wesentlicher Vermögensposten hinzukommt, ist das Landeswohnungsbauvermögen. Das muß Ihnen doch auch klar sein. Deshalb sage ich: Das, was aus dem Bundeshaushalt kommt, legen Sie dazu.

- (B) Dies ist mir natürlich auch keine Freude, Herr Vesper: Sie haben erwähnt, daß wir hier tränenreich stehen. An der Stelle würde ich gerne wirklich heulen wollen.

Es hat vor der Koalitionsbildung einmal eine Zeit gegeben, da haben wir gemeinsam den Antrag gestellt, das, was der Bund aufgrund seiner Finanzsituation nicht mehr geben könne, doch aus Landesmitteln dazuzulegen. Das war ein gemeinsamer Antrag von CDU und GRÜNEN. Aber ich habe in vielen Bereichen empfunden, daß die Welt nach einem Wahltag und nach einem neuen Bündnis immer anders aussieht als vorher.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Koalition, nicht Bündnis!)

- Genau, das ist die Koalition, Herr Matthiesen. Aber auf diesem Altar der Koalition bleibt viel auf der Strecke. Ich habe Herrn Vesper im Zusammenhang mit der Bauordnung schon einmal gesagt, daß möglicherweise auch persönliche Glaubwürdigkeit auf der Strecke bleibt. Sie haben in diesem Bereich heute ein weiteres Beispiel geboten.

- (C) Dann haben Sie die Organisationsform des Ministeriums gefeiert. Ich erinnere daran: Kein vernünftiger Mensch in Nordrhein-Westfalen, der in dieser Sache etwas zu Hause ist, hält die Konstruktion, nämlich Wohnungsbau im Wohnungsbauministerium und Städtebau im Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, für sinnvoll. Das haben Sie auch mit uns für nicht vernünftig gehalten. Aber jetzt, wo die Koalition im Spiel ist - ich will Herrn Matthiesen noch einmal zitieren -, sieht das ganz anders aus.

Ich sage Ihnen: Die Tatbestände sind genauso wie vor der Landtagswahl. Nur machen Sie andere Kompromisse, schließen Kompromisse ab, und das - das will ich Ihnen deutlich ins Stammbuch schreiben - tun Sie zu Lasten der Sache.

Lassen Sie mich wenige Anmerkungen zu Ihrem Wohnungsbauprogramm machen. Das, wo es jetzt um die Sache geht, ist die eigentliche Enttäuschung für mich. Sie feiern das als große Tat. Ich hätte es nie für möglich gehalten, daß ich Frau Brusis damit indirekt ein Kompliment machen muß: Es ist das schlechteste Wohnungsbauprogramm der letzten fünf Jahre. Das ist es von der Dotation her, von der Quantität der Wohnungen her. 28 000 Wohnungen fördern Sie; es waren im letzten Jahr 32 000. Das ist ein erheblicher Rückgang, obwohl Ihnen von der Summierung her fast dieselben Mittel zur Verfügung stehen.

(Genau! und Beifall bei der CDU)

(D) Sie feiern weiterhin den ersten Förderweg als den Königsweg im Wohnungsbau, wohl wissend - ich nehme an, daß Sie das zwischenzeitlich mitbekommen haben -, daß dieser Förderweg auf Dauer nicht finanzierbar ist, daß dieser Förderweg nicht zu den erforderlichen Quoten kommt, wohl wissend auch, daß alle anderen Bundesländer um uns herum - auch sozialdemokratisch regierte Bundesländer - diesen Förderweg nicht mehr praktizieren. Weil Sie andere Förderwege, die ja in der Welt sind, praktizieren, kommen Sie zu höheren Förderquoten und damit zu mehr Wohnungen, in denen Menschen untergebracht werden.

(Ministerin Bärbel Höhn: Ihre Kritik an meinem Kollegen Vesper kann ich nicht teilen!)

- Das habe ich fast vermutet. Aber ich bleibe dabei: Das ist das schlechteste Programm.

Lassen Sie mich noch eines sagen - wir werden das ja zum Wohnungsbauprogramm vertiefen -: Ich war schon riesig gespannt, Herr Vesper, als Sie neu in dieses Metier gekommen sind. Sie ha-

(Zellnig [CDU])

- (A) ben immer bekundet - auch als Fraktion der GRÜNEN -, Sie machen das unkonventionell und sind nur der Sache verpflichtet. Da war ich schon sehr gespannt, was dabei herauskommen würde.

Zur Organisation der Ministerien habe ich Ihnen etwas gesagt. Zur Bauordnung habe ich Ihnen etwas gesagt. Zum Wohnungsbauprogramm habe ich etwas angedeutet, ich habe zur Gewichtung gesprochen; auch die Eigentumsförderung wird uns sehr befassen. Ich habe wirklich gehofft: Das ist ein Mann, der geht problembezogen an die Sache heran. Jetzt stelle ich fest: Es ist alles beim alten geblieben, stellenweise schlechter geworden. Genau weil das so ist, werden Sie mit einer solchen Maßnahme nicht die Probleme lösen.

Ich sage Ihnen: Lösen Sie sich von der Bürokratie und von dem falschen Denken bei der SPD, dann haben Sie eine Chance, ein guter Wohnungsbauminister zu werden! Aber fürs erste ist diese Chance vertan.

(Beifall bei der CDU)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Kollegen Wolf für die Fraktion der SPD das Wort.

**Gerd-Peter Wolf (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Zellnig, nicht alles Alte ist schlecht und nicht alles Neue ist gut. Die alten Wege, die Sie hier kritisieren, sind erfolgreiche Wege. Unsere Wohnungsbauförderungsprogramme der letzten Jahre sind von der Wohnungswirtschaft, sind von freien Investoren immer in ganz hervorragender Weise abgenommen worden.

Von daher gab es keinen Grund, das Programm von den Füßen auf den Kopf zu stellen. Wir haben in den Beratungen der letzten Wochen und Monate eine neue Feinausrichtung vorgenommen, und es sind auch einige neue Akzente im Wohnungsbauprogramm erkennbar, die auch der Kollege Franz Riscop lobend erwähnte.

(Vorsitz: **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber**)

Ich meine, wir können mit Stolz vor diesen Landtag treten und auf dieses Programm verweisen. In der Regierungserklärung standen 27 000 Wohnungen, die gebaut werden sollten. Wir haben in der Arbeit, die wir in den vergangenen Wochen geleistet haben, erreicht, daß wir 28 050 Woh-

nungen bauen. Das ist in diesen Zeiten, wo in Bonn alles den Orkus heruntergeht, ein ganz hervorragendes Ergebnis, mit dem Sie sich dort heftig brüsten würden. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Zellnig, Ihre Partei hat sich in den Beratungen der Anträge als die Partei der sozialen Kälte erwiesen. Das, was Frau Tarner und Herr Vesper zu dem Antrag zur Wohngeldüberweisung gesagt haben, kann ich nur unterstreichen. Wenn Sie die gleiche Kühle zumindestens beim Berechnen der Programme, auch Ihrer eigenen, angewandt hätten, wäre ja etwas zu erkennen gewesen, was einem ein Stückchen weiterhilft. Aber das geht dem, was Sie vorgelegt haben, leider ab. Das, was Sie berechnen, sind Luftnummern; wir kommen damit kein Stückchen weiter. Auch die Luftnummer, Bundesmittel und Landesmittel zu vergleichen, bringt uns bei der Wahrheitsfindung, wie gut die Politik von Herrn Vesper denn nun ist, kein Stück weiter.

Wir erfüllen die alte Zusage: Für jede Mark aus Bundesmitteln kommt eine Mark aus Landesmitteln hinzu. Wenn Sie dann sagen, der Rest komme aus dem Landeswohnungsbauprogramm, sage ich: Es ist ja nicht vom Himmel gefallen. Daß dieses Landeswohnungsbauprogramm zur Verfügung steht, ist Beschluß dieses Landtages. Der Finanzminister könnte damit ganz andere Sachen machen. Sie haben das ja schon ein paar mal vorgeschlagen. Wenn es nach der CDU gegangen wäre, gäbe es dieses Landeswohnungsbauprogramm nicht. Es wäre schon lange verfrühstückt worden. (D)

Damit garantieren wir, daß das, was wir für nötig halten, finanziert werden kann, während der Bund die rückfließenden Mittel, aus denen wir die Programme finanzieren, verfrühstückt. Der Theo stopft damit Löcher, die an anderer Stelle gerissen worden sind, während dieses Geld hier im Land tatsächlich wieder dem Wohnungsbau zufließt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Noch einmal zu der alten Leier, der erste Förderweg sei ein Weg in die Irre. Herr Kollege Zellnig: Ihr dritter Förderweg ist ein Holzweg. Sie sagen im analytischen Teil, es fehlten gerade für die unteren Einkommensgruppen bezahlbare Wohnungen. Da unterscheiden wir uns nicht. Aber Ihre Antwort auf die richtige Analyse ist falsch.

(Wolf [SPD])

(A) Mit den geringen Summen des dritten Förderwegs, den Sie vorschlagen, kann man keine Bude für die Menschen, von denen Sie reden, die Buden brauchen, bauen. Ihr dritter Förderweg ist schon das fünfte Mal wieder aufgewärmt worden, lockt aber keinen Investor hinterm Ofen hervor. Nicht einmal die Wohnungsgesellschaft, bei der Sie Geschäftsführer sind, würde in diesem Förderweg bauen, weil der Weg unattraktiv ist.

Wir bieten in diesem Land Förderwege an, die akzeptiert werden. Wenn in anderen Ländern wie Berlin eine Sozialwohnung 400 000 DM oder 500 000 DM kostet, muß man darüber nachdenken, ob das noch angemessen ist. Aber aus unsoliden und schlechten Verhältnissen in anderen Ländern zu rekonstruieren, das wäre auch bei uns so, ist völlig falsch. Wir können nachweisen, daß mit wenig Geld in Nordrhein-Westfalen Wohnungen gebaut werden und daß wir, wenn man den Barwert und die Leistungen, die dagegen stehen, berechnet, bundesweit wirklich die Vorzeigewohnungsbaupolitik machen.

Ich kann nur sagen: Herr Kollege Vesper setzt das nahtlos fort, was seine Vorgänger, Herr Zöpel und Frau Brusic, auf den Weg gebracht haben. Wir sind mit dem, was wir gemeinsam in den letzten Monaten erreicht haben, sehr zufrieden.

(B) Herr Kollege Zellnig, wenn Sie sagen, er sei kein Experte: Wann hatten wir denn schon einmal - der Landeshaushalt ist noch nicht verabschiedet - ein Energiesparprogramm, ein Modernisierungsprogramm und ein Wohnungsprogramm aufgelegt, so daß die Wohnungsämter damit arbeiten können? Das Geld kann raus. Von daher arbeitet der Junge ganz effektiv. Wir sind zufrieden und hoffen, daß wir noch lange mit ihm zusammenarbeiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich noch Frau Nacken gemeldet.

**Gisela Nacken (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Zellnig, durch Ihre zweite Runde komme ich in den Genuß, noch einmal zu meinem alten Thema, nämlich zur Wohnungspolitik, reden zu können. Vielen Dank, Herr Zellnig.

Damit sind wir gleich wieder bei den alten Streitpunkten. Es ist ja für Sie nicht neu. Schon in der letzten Legislaturperiode hatten wir sehr eng mit der Wohnungsbauministerin, damals Frau Brusic, zusammengearbeitet und hatten wenige Kritikpunkte an ihrer Politik, so daß wir mit dem Ministerium, so wie es sich bei der Übernahme durch Herrn Vesper dargestellt hat, ganz zufrieden waren, in diese Fußstapfen hineinsteigen und unsere Akzente setzen konnten. Dazu will ich jetzt nichts mehr sagen.

Sie haben einen gemeinsamen Antrag, den es in der letzten Legislaturperiode von Ihnen und meiner Fraktion in bezug auf die Gegenfinanzierung von Bundesmitteln gegeben hat, angesprochen. Ich will nur darauf hinweisen, daß wir damals auch einen Deckungsvorschlag hatten, der jetzt nicht auf dem Tisch liegt. Sie sprechen an, daß man solche Vorschläge aufgibt, wenn man in der Regierung ist.

Ich will einfach darauf hinweisen, daß wir damals einen Deckungsvorschlag hatten und daß wir heute versuchen, Anstrengungen im Wohnungsbau zu unternehmen, indem wir Mittel in dem Umfang einsetzen, wie es notwendig ist. Das schafft man nicht bei der Lage auf dem Wohnungsmarkt. Das würde Ihnen auch nicht gelingen. Wir haben aber das Notwendige in diesen Haushalt eingestellt, Prioritäten gesetzt. Ich denke, mit dem Ergebnis - das ist auch schon bei den Vorrednern überkommen - kann man sehr zufrieden sein.

Zu Ihrem Rezept: Sie haben gesagt, der Minister feiere immer noch den ersten Förderweg. Ich kann darauf nur antworten: Sie feiern nach wie vor, obwohl Sie es mittlerweile besser wissen müßten, den dritten Förderweg. Kollege Wolf hat es gerade deutlich gesagt. Es geht dabei nicht darum, möglichst viele Wohnungen zu schaffen. Wenn diese Wohnungen aufgrund der Förderung des dritten Förderwegs so teuer sind, daß sie für die Menschen, die sie tatsächlich brauchen, die tatsächlich nach Wohnungen suchen, nicht bezahlbar sind, macht das keinen Sinn. Dann hilft uns das nicht bei der Lösung der Probleme. Für mich gilt nach wie vor: Der dritte Förderweg ist ein sozialpolitischer Bumerang, der letztendlich viel mehr Geld kostet, als er Nutzen bringen kann.

Letzter Punkt: Sie sprachen davon, daß das Ministerium von der Konstruktion her den Zielen der Wohnungs- und Städtebaupolitik nicht gerecht wird. Ich sage dazu: Die Zuschnitte von Ministerien liegen in der alleinigen Zuständigkeit des Ministerpräsidenten. Die haben wir hier nicht zu dis-

(C)

(D)

(Nacken [GRÜNE])

(A) kutieren. Sie sind bei der Regierungsbildung erfolgt.

Wir leben damit, wir arbeiten damit. Wir machen interministerielle Arbeitsgruppen, um Reibungsverluste zwischen den Häusern zu minimieren. Aber, Herr Zellnig, das ist nicht unsere Zuständigkeit. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die Landesregierung Herrn Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper, Minister für Bauen und Wohnen: Nachdem Herr Zellnig hier so hineingegangen ist, muß ich dazu noch einige Sätze sagen. Herr Zellnig! Sie haben doch auch mitbekommen, daß nicht nur im Bund, sondern auch im Land die finanzielle Situation angespannt ist.

Wenn Sie sagen, daß das, was der Bund aufgrund seiner Finanzsituation nicht mehr geben kann, das Land oben draufsatteln sollte, können Sie das angesichts der Haushaltslage doch nicht ernst meinen.

(Zurufe von der SPD)

(B) Ich sage Ihnen auch: Dann sollte doch der Bundesbauminister Töpfer, der, wie gesagt, einen sehr großen Mund hat, endlich einmal die Ankündigung wahr machen, das Wohngeld, das seit 1990 nicht mehr angepaßt wurde, anzupassen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Darauf warten wir seit sechs Jahren. Seit sechs Jahren gibt es hier keine Anpassung, obwohl sie fast monatsweise versprochen wird. Herr Töpfer kann sich da nicht gegen seinen Finanzminister durchsetzen.

Natürlich liegt Wohnungsbaupolitik und Wohnungsbauförderung immer auch im Spannungsfeld zwischen dem Fachminister auf der einen und dem Finanzminister auf der anderen Seite. Wenn der Bund seine Zusage eingehalten hätte, 470 Millionen DM in diesem Jahr zu geben, hätten wir selbstverständlich diese 470 Millionen auch aus dem Landeshaushalt hinzubekommen.

Mit anderen Worten: Aus jeder Mark, die der Bund gekürzt hat, sind letztlich zwei gekürzte Mark geworden.

Meine Damen und Herren, wir haben eine ganze Reihe von neuen Projekten vor. Ich weiß auch,

Herr Zellnig, daß Sie diese im Prinzip unterstützen. Wenn ich daran denke, kostensparendes Bauen zu verwirklichen, die Baustoffdiskussion voranzutreiben, wieder stärker zu alten, traditionellen Baustoffen zurückzukehren, mit dem Stichwort "Schwerter zu Pflugscharen" ernst zu machen und Kasernen in sozial bezahlbare Wohnungen, umzunutzen, dann sind all dies Projekte, die es, wie ich glaube, lohnen, in den nächsten Jahren in Nordrhein-Westfalen umgesetzt zu werden. Wir haben allein auf den Kasernenstandorten die Möglichkeit, in den nächsten Jahren über 7 000 neue Wohnungen zu schaffen, und dies werden wir mit unseren Mitteln fördern.

Sie haben gesagt, Ihr Programm sei seriös. Herr Zellnig, da muß ich Sie einfach noch einmal fragen: Sie wollen mit etwa dem gleichen Betrag, nämlich 3,1 Milliarden DM, 47 700 Wohneinheiten fördern. Wir errechnen über ersten und zweiten Förderweg mit Eigentumsförderung und Mietwohnungsförderung einen Umfang von 28 050 Wohnungen. Wenn Sie nicht zaubern können - und das traue ich Ihnen nicht zu -, dann kann das doch nur bedeuten, daß sich für die einzelne Wohnung entweder für den Mieter mehr Miete ergibt oder daß kürzere Bindungen herauskommen oder - was wahrscheinlich ist - beides eintritt. Und das wollen wir nicht mitmachen, weil wir gerade die Bedürftigen mit Wohnraum versorgen wollen und versorgen müssen.

Wenn Sie sagen, es sei wenig Neues im Wohnungsbauprogramm, dann möchte ich Sie nur auf ein Element hinweisen. Wir werden das ja noch weiter diskutieren. Wir reden nicht über solche Schlagworte wie dritter Förderweg usw., sondern wir probieren eine einkommensorientierte Förderung aus, mit 250 Wohneinheiten in diesem Jahr. Wir sind da ganz undogmatisch herangegangen - wir haben das im Ausschuß vorgetragen -, und wir wollen nun einmal sehen, wie dieses Modell von der Wohnungswirtschaft angenommen wird. Denn Sie können hier noch so schöne Modelle vorschlagen und mit großen Zahlen vortragen: Wenn letztlich von der Wohnungswirtschaft nicht gebaut wird, nützt das überhaupt nichts.

Deswegen sind wir mit diesem Wohnungsbauprogramm auf einem guten Weg, und ich bin sicher, daß auch Sie das mit der Zeit - Sie brauchen etwas länger - einsehen werden. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe** hiermit die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 14 entsprechend der **Beschlußempfehlung** Drucksache 12/814. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Klaus Matthiesen [SPD]: Wo sind denn die GRÜNEN alle? - Gegenruf von der CDU: Die bereiten den Parteitag vor!)

Wer stimmt dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der **Einzelplan 14** mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU in **zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe **Nummer 4** auf:

#### **Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann**

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung 12/811**, **eröffne** die **Beratung** und erteile Frau van Dinther für die Fraktion der CDU das Wort.

(B) **Regina van Dinther**<sup>1)</sup> (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der erste rot-grüne Haushalt des Frauenministeriums ist natürlich ein guter Anlaß, diese neuen Zeiten für Frauen in Nordrhein-Westfalen aus der Sicht der Opposition zu bewerten. Etwas erschwert ist diese Aufgabe natürlich dadurch, daß wir noch nicht so genau wissen, ob diese Beziehung noch über das Wochenende hält. Aber wir gehen davon aus, daß sich nach dem Wochenende die GRÜNEN doch wieder gefangen haben und daß der Haushalt in der Form, wie er jetzt vorliegt und mit den Änderungen, die in den Ausschüssen beschlossen wurden, verabschiedet wird.

(Lothar Hegemann [CDU]: Die werden dann auf Vordermann gebracht!)

- Ja, genau, das passiert schon.

Meine Damen und Herren, diese Koalition kostet dem Bürger viel, viel Geld. Ich muß sagen: Ich kann es nicht so ganz gut nachvollziehen, daß Herr Schleußer es zuläßt, daß in vielen Bereichen dieses Haushalts neue personalintensive Strukturen eingezogen werden, die in den meisten Fällen jedenfalls keinen breiten Nutzen für die Bürger unseres Landes bringen und die wir uns in diesen

Zeiten eigentlich nicht leisten können und auch nicht leisten sollten. Meine Kollegen, die heute morgen geredet haben, haben schon etliche Beispiele dieser neuen Klientelpolitik benannt, und wir werden auch nicht nachlassen, gerade bei diesem ersten rot-grünen Haushalt die Knackpunkte zu nennen.

Was nützen uns die schönsten Treppen zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik zum "Bündnis für Arbeit", wenn nicht jede einzelne Gruppe bemüht ist, anschließend die Hausaufgaben zu machen? Und die Hausaufgaben, die wir zu machen haben, liegen vor allem in der Aufgabe, die Staatsquote zu senken, und das heißt nichts anderes, als in den öffentlichen Haushalten äußerste Sparsamkeit walten zu lassen. Dabei sitzen wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht in irgendeinem Parlament, sondern entscheiden als Abgeordnete des bevölkerungsreichsten deutschen Bundeslandes über einen 87-Milliarden-Etat, haben damit also eine große Verantwortung für das Ziel der Senkung der Staatsquote in Deutschland.

In dieser Zeit, in der eigentlich alle ahnen, daß der Sparzwang noch zunehmen wird, noch neue personalintensive Strukturen aufzubauen, ist schlicht und ergreifend unverantwortlich. Meine Damen und Herren, seien wir doch ehrlich: Wir tun uns doch alle miteinander schwer, im nachhinein Gelder zu streichen, Beratungsstellen zu schließen, einmal liebgewordene Förderungen mit Landesgeld wieder einzustellen. Selbst bei im Vorfeld ausdrücklich als Modellmaßnahmen gekennzeichneten Haushaltstiteln fällt es uns doch ungemein schwer, die Landesförderung zurückzuschrauben. Und wie oft mußte die höhere, eigentlich nur als Anschubfinanzierung gedachte Förderung beibehalten werden!

Gerade im Bereich Frauenpolitik ist es doch überhaupt kein Geheimnis, daß weder Frauenhäuser noch Regionalstellen "Frau und Beruf" überleben könnten, wenn nicht ein sehr, sehr hoher Landesanteil gezahlt würde.

(Beifall bei der CDU)

Und bei allen mit Personalkosten behafteten Förderungen wissen wir doch, daß es uns kaum noch gelingt, diese Haushaltsstellen einfach zu überrollen, sondern daß die Träger mit Recht mindestens die Personalkostensteigerungen von uns einfordern. Die ebenso knappen Kassen der Kommunen tun ihr übriges, den Druck auf uns Landespolitiker zu erhöhen.

(C)

(D)